



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
109 (1899)**

168 (22.6.1899) Erstes Blatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-79427](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-79427)

General-Anzeiger



Telegraphen-Kabine:
Journal Mannheim.
In der Postkammer eingetragen unter
Nr. 2870.
Abonnement:
60 Pfg. monatlich.
Bringerlohn 10 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Postauf-
schlag M. 2.80 pro Quartal.
Inserate:
Die Colonnen-Zeile 20 Pfg.
Die Reklamen-Zeile 60 Pfg.
Einzel-Nummern 3 Pfg.
Doppel-Nummern 5 Pfg.

(Waldsche Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Mannheimer Journal.

(109. Jahrgang.)

Erscheint wöchentlich sieben Mal.

Leserliste und verbreiteste Zeitung in Mannheim und Umgegend.

Verantwortliche:
für den politischen u. allg. Theil:
Ernst Otto Kopp,
für den lokalen und spec. Theil:
Ernst Müller,
für den Anzeigen-Teil:
Karl Kysel.
Notationsdruck und Verlag der
Dr. H. Haas'schen Buch-
druckerei.
(Waldsche Mannheimer Typograph.
Anstalt.)
(Das „Mannheimer Journal“
ist Eigentum des katholischen
Bürgerhospitals.)
Sämtlich in Mannheim.

Nr. 168.

Donnerstag, 22. Juni 1899.

(Telephon-Nr. 218.)

Erstes Blatt.

Aus dem Reichstage.

Das Ergebnis der Dienstags-Weiterberatung der Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen im Reichstag geht dahin, daß von der Vorlage schwerlich auch nur ein Bruchtheil Gesetz wird. Jedenfalls kommt die Vorlage nicht an eine Kommission. Ausschlaggebende Partei im Reichstag ist das Zentrum und es steht der Vorlage unbedingt ablehnend gegenüber.

Der nationalliberale Wortführer Abg. Bassermann, der ebenfalls gegen die Vorlage und gegen ihre Beratung in der Kommission Stellung nahm, begründete diesen Standpunkt in einer auf reichhaltiges Material gestützten, weit angelegten Rede, deren ausführlicher Wiedergabe weiter unten folgt. Die „Natlib. Corr.“ schreibt über die Rede: Er stellte die Fragen voran: Sind Arbeiter und Arbeitgeber gleich behandelt? und weiter: Sind die Mittel wirksam, die das Gesetz vorschlägt? Beide Fragen beantwortete er verneinend und fügte den Schluß hinzu, daß er infolgedessen die Vorlage ablehne, weil sie erfolglos bleiben müsse und schließlich nur der sozialdemokratischen Agitation zu Gute kommen werde. Jeder Arbeiter, so führte Abg. Bassermann weiter aus, hält das Koalitionsrecht für sein höchstes Gut, und es darf ihm nicht das Gefühl ankommen, daß dieses Gut in der bürgerlichen Gesellschaft irgendwie angetastet werde. Entscheidend sei für ihn gewesen, daß die in der Fraktion sitzenden Arbeitgeber erklärten, die jetzigen Nachmittagsarbeiten, noch drücklicher angewandt, aus; ferner, daß sich auf der einen Seite immer mehr große Arbeitgeber-Koalitionen bilden, sowie die fortschreitende Zerfahrenheit innerhalb der Sozialdemokratie und schließlich die ablehnende Stellung, die die gesammten auf monarchischem Boden stehenden, von der Sozialdemokratie so hart behandelten christlichen Arbeiterorganisationen gegen die Vorlage eingenommen haben. Höchst ungünstig beurtheilte der nationalliberale Redner die Denkschrift, die das begründete Material hatte bringen sollen; er nannte sie eine einseitige und tendenziöse Zusammenstellung und machte ihr zum Vorwurf, daß sie eine Menge Straffälle angeführt, bei denen die jetzige Rechtsprechung schon ausgereicht, und auf der anderen Seite ebensoviele Fälle, in denen nachweislich ein pflichtgemäßes und rechtzeitiges Einschreiten der Polizei das hätte leisten können, was nun durch die Vorlage erreicht werden solle. Sodann ging der Redner kritisch die einzelnen Paragraphen durch, indem er darlegte, daß die Vorlage die Hauptsache nicht treffe; woher sei die zwangsweise Sperre, noch die schwarze Liste verboten.

Zum Schluß präzisirte der Redner nochmals die Auffassung der nationalliberalen Fraktion und theilte mit, daß ein Theil der Fraktion den Ausbau des § 153 der Gewerbeordnung für wünschenswerth und die beiden ersten Paragraphen und den ersten Absatz des § 4 — monoch die Beschädigung und Vorenthaltung von Arbeitsmaterial bestraft werden soll — und die Bestimmungen des englischen Gesetzes über die Streikposten als eine brauchbare Grundlage für kommissarische Beratungen erachte. Er selbst erklärte sich auch gegen die Kommissionsberatung und enthielt der Regierung nicht vor, daß die Vorberatung und noch mehr die Einbringung der Vorlage zu so später Zeit nach seiner Ansicht ein schwerer politischer Fehler sei. Er schloß: Zwei Weltanschauungen händeln sich bei der Vorlage gegenüber, die eine sähe pessimistisch unaufhaltsam den Umsturz vorwärtschreiten; er selbst schloß sich der andern an, die hoffnungsvoll an eine Weiterentwicklung des Vaterlandes glaube, auf dem Boden der bestehenden Ordnung und eines starken Staatsgefühls und monarchischer Gesinnung. Die Rede, die wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen wurde, wirkte sichtlich durch ihre sachliche Ruhe, vor Allem aber auch dadurch, daß mit aller Schärfe der sozialdemokratischen Führung vorgehalten wurde, daß auf sie bei diesem Friedenswerk im Dienste der Arbeiter nicht gerechnet wird und daß ausschließlich die sozialdemokratische Hege verschuldet, wenn Staat und Arbeitgeberthum, wie in der Vorlage, dahin gebracht werden, daß es ohne schärfere gesetzliche Maßnahmen nicht mehr abgehe.

Die „Nln. Ztg.“ sagt: Die eindrucksvollste und nach jeder Richtung hin vollendetste Rede war unbestreitbar die des nationalliberalen Abg. Bassermann, der mit ganz erstaunlichem Fleiß und in ruhiger Sachlichkeit eine Fülle von schlagendem Material gesammelt hatte und zum Vortrag brachte, um seine und eines Theiles seiner politischen Freunde rundweg ablehnende Stellung zu kennzeichnen. Er ging von der Grundanschauung aus, daß durch dieses Gesetz die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse angetastet werde, und daß er grade deswegen nicht daran denken könne, einen Weg zu beschreiten, der unter allen Umständen dazu führen müsse, die politische Macht der Sozialdemokratie zu stärken. Schon der Verdacht, daß das Koalitionsrecht, das höchste Gut des Arbeiters, in Gefahr stehe, erschütterte Hunderte und Hunderttausende von Arbeitern in ihrem bisherigen Vertrauen zur Krone und zur Regierung, und in einer Zeit, wo Arbeiter und Arbeitgeber wenigstens theilweise in erbittertem Kampfe gegeneinander händeln, hätte man solche Gesetze unterlassen sollen, die den großen Fonds an Vertrauen, der heute noch bei Millionen von christlich-gesinneten Arbeitern vorhanden sei, in Frage stellen müsse. Er erklärte es geradezu für einen politischen

Fehler schlimmster Art, daß man in einer Zeit, wo die Sozialdemokratie offenbar in eine Art von innerer Krisis gerathen sei, ihr jetzt in so umfangreicher Weise wieder Wasser auf die Mühle führe und neuen Agitationsstoff bringe. Er war der Anschauung, daß man gegen die bedauerlichen Ausschreitungen, die sich im Koalitionszwang offenbaren, auch heute schon mit den bestehenden Gesetzen auskommen könne, und daß es bedenklich sei, Ausnahmegerichte zu schaffen, die dann leicht zu dem Mißbrauch führen könnten, den man im Interesse einer gesunden Entwicklung unserer Verhältnisse vermeiden zu sehen wünsche. Er bekannte sich im Gegegn zu den pessimistisch gesinnten Scharfmachern zu jener Weltanschauung, die der Ansicht lebt, daß es dem gesunden Sinne unserer Arbeiterschaft gelingen werde, sich wieder aus den Armen der Sozialdemokratie zu befreien und zu monarchisch-vaterländischer Politik zurückzukehren, daß dazu volle Koalitionsfreiheit gegeben werden müsse und die Einschränkungen nur Schäden bringen können. Für einen Theil seiner politischen Freunde gab er zu, daß sie bereit seien, das was im § 1 und 2 und im ersten Absatz des § 4 gefordert war, zu bewilligen und deswegen einer Kommissionsberatung nicht abgeneigt seien, während ein anderer es für zweckmäßiger erachtete, das Gesetz bereits im Plenum endgültig zurückzuweisen. Lebhafter Beifall auf der Linken und Rechts auf der Rechten begleiteten diese auch für Denjenigen einbrudsvolle Rede, der nicht in allen Einzelheiten mit ihr übereinstimmte.

Der Raum mangel verbietet und heute Weiteres. Mit erwähnen nur noch die Stimme des „Frankfurter Generalanzeiger“: „Man hat den Mannheimer Rechtsanwältin immer für einen klugen und geschickten Mann, aber für einen etwas langweiligen Debatter gehalten. Heute zum erstenmale wird er „entdeckt“. In seiner Rede — zumal in ihrem ersten Theile — ist eine frische, eine glückliche Mischung von Ernst und scharf zupackender Satire, daß man fast wieder an eine Zukunft des Nationalliberalismus glauben möchte. Zwar sind nicht alle Fraktionsgenossen seiner Meinung; eine Minderheit ist noch rückständig und sieht abwartend bei Seite. Aber die Mehrzahl ist der neue Geist doch schon fort.“

Schluß der Rede des Abg. Bassermann.

In meiner Fraktion ist eine ganze Reihe von Arbeitgebern, und doch haben sich in unseren Verordnungen gerade diese auf den Standpunkt gestellt, daß die heutigen Nachmittagsarbeiten im Wesentlichen ausreichen, daß man sich insbesondere den Aufstellungen hingibt, wenn man glaubt, durch neue Strafbestimmungen eine wesentliche Aenderung in unseren sozialen Verhältnissen herbeizuführen. Man hat sogar von manchen Seiten darauf hingewiesen, daß man gerade durch derartige Vorlagen, die die Rechte der Arbeiter hineinbringen, das gute Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu erschüttern vermöge. (Sehr richtig! links.) Und dann noch eins. Es kann doch nicht geleugnet werden, daß wir in eine neue Phase unserer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse eintreten, es ist die Phase der großen Arbeitgeber-Koalitionen. (Sehr richtig! links.) Das hat ja der Abg. Bebel bereits in seinen gestrigen Ausführungen gestreift, und auch wir sind uns darüber im Klaren, daß diese Arbeitgeber-Koalitionen mächtiger sind als die Arbeiter-Koalitionen. (Sehr richtig! links.) Das hat nicht nur der Abg. Bebel in diesem Saale ausgeführt, das hat bei früheren Gelegenheiten ausgeführt Herr v. Stumm (sehr richtig! links), das hat ausgeführt mein politischer Freund v. Hehl. Ist ein solcher Zeitpunkt opportun, derartige Gesetze vorzuschlagen, die den Einbruch der Parteilichkeit ermoden können? (Sehr richtig bei den Nationalliberalen.) Wenn Arbeitgeber-Koalitionen sich weiter ausbauen in dem Maße, wie es heute schon in der Erscheinung tritt, dann wird eine Reihe von Streiks nicht mehr zum Stegen führen können, sondern die Arbeiter werden unterliegen. Weiter! Wir sehen, wie unter den Arbeitern die Bestrebungen, den Arbeitsnachweis in ihre Hände zu bekommen, große Kreise erfüllen. Auf der einen Seite die Bestrebungen der Arbeiter, den ganzen Arbeitsnachweis in die Gewerkschaften hineinzubringen, dann aber auch demgegenüber die Ansätze der Arbeitgeber. Es legt mir u. A. der Beschluß einer Konferenz in Leipzig vor, welcher besagt: „Die an der Konferenz beteiligten großen industriellen Verbände, der Bund der Industriellen, der Centralverband deutscher Industrieller und der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, erklären sich für die Einrichtung von Arbeitsnachweisen allein in der Hand von Arbeitgebern.“ Das Leipziger Tageblatt knüpft an diesen Beschluß die Bemerkung: „Mit diesem Beschlusse hat also der Kampf gegen die Nacht begonnen. Den Terrorismus, den sozialdemokratische Arbeitnehmer auf die Arbeiter auszuüben versuchen, beantwortet die Arbeitgeber ihrerseits mit einer terroristischen Maßregel, die nicht allein die sozialdemokratische, sondern die gesammte Arbeiterschaft trifft. Der soziale Friedensschluß ist damit auf unabsehbare Zeit verschoben, der Klassenkampf verschärft.“ Das ist doch vielfach das Bild, das Nacht gegen Nacht stehen wird, und daß der Stärkere gewinnt. Diesen Zeitpunkt halte ich für ungeeignet, um solche Gesetzesvorlagen zu machen wie die gegenwärtige. Es war auch gestern bereits von den Maurerkassperrungen die Rede. Da zeigt sich doch auch, welche Macht die Koalition der Arbeitgeber an und für sich hat. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und links.) Da werden Leute ausgesperrt, die überhaupt gar nicht die Forderungen auf Lohnerhöhungen erheben haben (sehr richtig!), da werden Leute ausgesperrt, lediglich deshalb, weil sie Organisationen angehören, und genau wie bei Streiks wird da eine ganze Menge Unschuldiger getroffen. Ich verweise auf alle die verschiedenen Gewerbe der Zimmerer, der Dachbeder, der Schlosser, Schmiebe u. f. w., die alle durch diese Kassperrungen mit ergriffen werden, die darunter Noth leiden. Und die kleinen Arbeitgeber werden in diese Koalition hineingezwungen, und ob die alle den Kampf aushalten, ob sie nicht selbst in Schaden kommen, das ist doch eine andere Frage.

Run sagt man allerdings, diese Koalitionen der großen Arbeitgeber sind ja nicht zu leugnen, aber die kleinen Arbeitgeber können solche Koalitionen schwer unter sich zu Stande bringen, und sie leiden unter dem Terrorismus der Arbeiter Noth. Ich möchte dem gegenüber hier sagen: Wir haben dem Handwerk die Koalition gegeben in der Hoffnung, dadurch das Handwerk zu kräftigen, einmal im Kampfe gegen das Großkapital, dann aber auch im Kampfe gegen die Arbeiter. Da ist die Basis gegeben, um richtig einzusetzen in diesem Kampfe und denselben aufnehmen zu können, und wir haben auch in diesen Tagen gesehen, daß beispielweise gegenüber Streikbewegungen im Leder- und Gerberei die Bäderinnungen bereits mobil gemacht, um gerüstet zu sein. Macht gegen Macht, wie ich bereits gesagt habe. Es kann nun nicht geleugnet werden, daß der Gesamteinbruch der Vorlage auf die sämmtlichen Arbeiter in Deutschland ein ungünstiger ist. Daß die Sozialdemokraten auf der ganzen Linie mobil gemacht haben, das ist ja nicht zu verwundern. Ich will nicht die Frage der Ausbreitung der Sozialdemokratie hier bei dieser Gelegenheit aufwerfen, aber die Sozialdemokratie scheint mir doch die einzige Partei zu sein, die eine reine Freude über dieses Gesetz hat. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und links. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie hat weitlich Glück. In dem Moment, in dem es klar geworden ist, daß die dogmatischen Grundlagen der sozialdemokratischen Lehre ins Schwanken kommen (sehr richtig! bei den Nationalliberalen), kommt diese Vorlage, und die ganze Frage Verstein und die ganze Seiten- sprünge des Herrn Schippel, und wie alle heißen mögen, treten in den Hintergrund. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte, was diese Aenderung in den sozialdemokratischen Lehren anlangt, gar nicht auf mein eigenes Urtheil zurückgehen, ich möchte nur auf drei Recht stimmen Bezug nehmen, weil sie aus den verschiedensten Lagern kommen. Die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe sagt: Verstein zertrümmerte die Prämissen der Marx'schen Lehre. Hält aber Marx, fällt auch die ganze heutige Sozialdemokratie. Die Wrede ist geschossen. Dazu kommt der Umstand, daß alle berufenen Führer der Sozialdemokratie all sind, Bebel, Liebknecht, Vollmar u. f. w. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), nachwuchs ist nicht da; die Juden- jüngerlinge à la Gradnauer, Schönlank haben keinen Anhang in den Massen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) So steht denn die Sozialdemokratie heute hauptsächlich in einer sehr ersten Krisis mitten drin. Ihr Evangelium, der Marxismus, ist in Gefahr. Die sozialdemokratische Presse sieht doch zum Theil auf einem ähnlichen Standpunkt. Die Rainer Volkszeitung schreibt: „Es gibt große Kreise innerhalb der Partei, die auf dem von Verstein entwickelten Standpunkt stehen, und das sind keineswegs, wie behauptet wird, klein- bürgerliche Kreise, sondern es sind vorzugsweise die in der Gewerkschaftsbewegung kämpfenden Eilemannschaften der Rheinindustrie- Arbeiter.“ Und das ausgezeichnet orientirte Organ am Rhein, die Kölnische Zeitung, schreibt auch aus Anlaß des letzten sozialdemokratischen Parteitag: „Vorläufig ist die Sozialdemokratie in der Lage eines Herchaufens, dessen Vorhut erkant hat, daß man sich auf einem Holzwege befindet. Die Vorderherden wollen Recht machen, sie werden aber von den schwerfällig nachrückenden Massen getrennt. Endlich vollzieht sich nach langem Wirtmar der allgemeine Rückzug.“ Der Schluß dieses Artikels besteht darin: Die Sozialdemokratie wird also in den nächsten Jahren eine interessante, freiziehende und schimpfliche Entwicklung durchmachen. Ein Bedürfnis, sie bei dieser Umkehrung durch klassische Zwangsmittel zu führen, vermögen wir nicht anzuerkennen. (Heiterkeit.) Lassen wir uns aufmerksame Zuschauer die zwei Seelen ihren Kampf ausfechten.“

Es ist lehrreich, die Verstein'sche Bewegung aus drei Organen ungefähr der verschiedensten Richtung doch in demselben Licht erscheinen zu sehen. Ich habe dies nur angeführt, um zu sagen: In einer solchen Zeit einigt man die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie! (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Run bin ich ja überzeugt, daß man auf der rechten Seite meinen Ausführungen entsagen werden und sagen wird, das sind ja alles Täuschungen, das ist die alte revolutionäre internationale Partei, und die Beschäftigung wird von Herrn Singer oder Bebel zweifellos auch gegeben werden. Sie werden sagen, wie kürzlich noch von ihnen gesagt ist: Sint ut sunt aut non sint. Die wünschenswerten Neben ändern aber an der Thatsache absolut nicht, daß sich in der sozialdemokratischen Partei in Bezug auf die alte marxistische Grundlage ein Wandel vollzogen hat, und sie ändern auch daran nichts, daß sich bei den führenden Elementen, ob sie Schippel heißen oder anbern, gegenüber den Bebel'schen Anschauungen über Kolonialwesen, Kolonialpolitik und andere große Fragen sich andere Auffassungen vorbereiten, als sie sie bisher in ihren Aktionen anerkannt haben. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und im Centrum. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Man kann also sagen: wenn die Säle der Sozialdemokraten sich zu leeren beginnen, wenn die Reden mangels Stoffes langweiliger werden und die alte Verelendungs- und Verarmungstheorie, die Graf v. Posadowsky kürzlich einmal die alten Vordenker des Marxismus genannt hat, nicht mehr ziehen, dann kommt ein derartiges Gesetz (Heiterkeit), und dann sind auch die geeigneten Redner wieder da, die davon sprechen, daß man nunmehr damit umgeht, die ganze deutsche Arbeiterschaft zu entziehen. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Und das vollzieht sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit. (Große Heiterkeit.) Von Zeit zu Zeit kommt ein solches Gesetz, das wir denn mit großem Bedauern und in langen Kommissionsberatungen monochlich be- und verarbeiten. Aus der ganzen Geschichte wird natürlich am Schluß nichts (große Heiterkeit), es ist nur Stoff zur Agitation von Neuem diesen allzu bereitwilligen Agitatoren geliefert worden. (Sehr richtig!) Wir haben es doch erlebt bei der Umsturzvorlage. Auch damals war es so, und als man sah, die Sache geht nicht, da hat Herr v. Koller von diesem Plage aus gesagt: Run, meine Herren, wenn Sie nicht wollen, dann nicht! (Große Heiterkeit.) Wollte man von Seiten der Regierung die Sache zum Klappen bringen in der Richtung, daß man den Reichstag über eine solche Sache auf löst (Heiterkeit), dann würde man meiner Auffassung nach einen sonderbaren Erfolg erleben. (Sehr richtig! links.) Dann würde es sich in diesem Falle nicht mehr darum handeln, ob einzelne Bestimmungen dieses Gesetzes annehmbar sind oder nicht, ob man über einen weiteren Ausbau des § 153 der Gewerbeordnung reden kann oder ihn ablehnt, sondern dann ist erforderlich die klare Stellung für oder gegen das Gesetz, oder wie sie es ausdrücken können, für oder gegen das Koalitionsrecht. (Sehr richtig!) In diesem Kampfe würden nicht nur die

Arbeit, abgesehen von den sozialdemokratischen, sondern auch viele Kräfte unseres gebildeten Bürgertums, die bereit sind, den letzten Mann für die Landesverteidigung, das letzte Schiff zu bewilligen, als Gegner in denselben Reihen stehen. (Sehr richtig.) Weiter kommt in Betracht die ganze große Arbeiterbewegung, die auf sozialistischem Boden steht. Ich halte der Regierung anheim, ob sie nicht noch im Hinblick darauf kommt, die ganze Vorlage zurückzugeben. Millionen von Industriearbeitern sind heute noch nicht Sozialdemokraten. Ist es richtig, in diese Kreise eine Erschütterung des Vertrauens in die Regierung hineinzubringen? Ich habe hier vor mir eine Reihe von Protesten liegen aus diesen Kreisen der organisierten evangelischen und katholischen Arbeiter. Gestern ist auch durch die Zeitungen eine Reihe des Gewerkschafts in Berlin gegangen, das in seiner Sitzung vom 17. d. Mts., an der Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilgenommen haben, eine Petition an den Bundesrat und Reichstag gerichtet hat, in der um Ablehnung des Gesetzes mit folgenden Worten gebittet wird: „Die Bestimmungen liegen weder im Interesse der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer.“ Wenn Sie die Presse der erwähnten Arbeiterorganisationen durchgehen, so finden Sie überall die Ablehnung. Ob es die Christen-Unionen sind, ob es der katholische Arbeiterverband ist, der evangelische Arbeiterverein in Süddeutschland ist, der evangelische Arbeiterverein im Mittelrhein, der evangelische Arbeiterverein in Sachsen, das Organ des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine ist, überall wird gesagt: der Entwurf ist kurzer Hand und energisch abzulehnen und so der Bezugnahme weiterer Kreise ein baldiges Ende zu machen. Hier ist gesagt worden, die christlichen Arbeitervereine bedürfen der Vorlage nicht, und wenn sie ihn und wieder unter dem Terrorismus der Sozialdemokraten zu leiden haben, so werden sie sich desselben auch noch anders zu erwehren wissen. Also das ablehnende Votum ist ein einmütiges. Ich kann auch noch verweisen auf die Eingabe, die in diesen Tagen hier vertheilt wurde von dem Centralverband der christlichen Arbeiter in Deutschland, in der ausgeführt wurde, daß die Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern durch eine Vorlage wie die vorliegende nicht aus der Welt geschafft werden können. Wenn die Vorlage Gesetz wird, wird die Existenz des Gesetzes allein schon genügen, um unsere christlichen Organisationen dadurch lahm zu legen. (Hört, hört!) Diese Arbeiter, welche den Sozialdemokraten im Kampfe entgegenstehen, sagen: Wir wissen nicht nach neuen Strafgesetzen, sondern danach, daß man uns gestattet, uns zu organisieren und mit den Organisationen, wie wir sie am Rhein, in Westfalen und in anderen Theilen Deutschlands sehr zahlreich haben, den Kampf gegen den sozialdemokratischen Terrorismus aufzunehmen. Wir hören nirgends den Ruf nach neuen Strafbestimmungen. Also ich möchte, das ist der Sinn dieser Ausführungen, meinen, es sei doch recht zweifelhaft, ob es richtig ist, in dem Moment, wo Graf Droschowsky selbst erklärte: wir müssen uns eingehender um die Interessen der Arbeiter kümmern, ein solches reiches Kapital an Kaiser- und Königssteuer, wie es in diesen Arbeiterorganisationen steht, auf das Spiel zu setzen, in diesen Kreisen das Vertrauen so zu erschüttern, wie das schon heute eingetreten ist! (Sehr richtig.)

Nicht nur in den Arbeitstreffen, sondern auch in denen des gebildeten Bürgertums, ist gegen beratige Vorlagen auch ein erhebliches Moment des Verdachts vorhanden. Vastigia terranti! Wie haben doch in den letzten Jahren, wie ich bereits gesagt habe, auch Manches erlebt, vom Jüdischen Schulgesetz und der Luftkurvorlage bis zu dem Vereinsgesetz im preussischen Landtage. Wir fragen dabei: woher geht die Reflex? Wir wollen angefaßt mancher Stimmungen, die ja dieses Gesetz absolut nicht befriedigt, denen die Coalitionsfreiheit als solche ein Dorn im Auge ist (selbst die Zustimmung), und die über das Verlangen nach Befreiung der Coalitionsfreiheit auch das nach Befreiung des Wahlrechts erheben (lebhafter Ruf: Sehr wahr!), grade gegenüber diesen Kreisen — man hat sie so vielfach als Schorfmader bezeichnet, die meiner Ansicht nach ein für die deutsche Entwicklung sehr unglückliches Hindernis betreiben (lebhafter wiederholter Beifall, Juraus rechts) — gegenüber diesen Kreisen legen wir Werth darauf, schon beim ersten Schritt ein ablehnendes Votum zu geben. (Sehr gut.)

Man ist ja nicht zu leugnen, daß in den Arbeitgebereisen Sympathien nach schärferen Maßnahmen vorhanden sind. Die ersten Rufe danach sind meiner Ansicht nach erfolglos aus den Kreisen der Bauhandwerker und Bauunternehmer. Sie haben gesagt über den besonders harten Druck der Organisationen, und diese Klagen haben ja auch ihre Resonanz gefunden in eingehenden Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses. Ich habe in diesen Tagen unter meinen Papieren eine Petition vom 1. März 1888 gefunden, in der die Kaiserpolizei, die Bau- und Zimmermeister von Berlin und Umgebung um beratige Gesetze petitioniren. Es liegt mir fern zu leugnen, daß im Baugewerbe vielfach trübe Augenblicke vorübergegangen sind, allein aus der andern Seite ist es doch merkwürdig, daß gerade dieses Gewerbe ebenfalls von dem die bestehenden Regierungen wiederholt über oerkannt haben, daß in ihm auch auf Seiten der Unternehmer sehr große Schwierigkeiten vorhanden sind (sehr richtig), daß es gerade in diesem Gewerbe nach ist, hinsichtlich des Arbeiterschutzes und vorwiegend der Maßregeln seitens der Regierung einzugreifen. Auf der andern Seite hat bereits die letzte Kaureneuerung bewiesen, daß die Herren in der Lage sind, sich selbstständig zu organisieren und das Gewerkschaftsorgan voll in die Wege zu setzen. Ich kann Herrn Dr. Vleser in einem zukünftigen im letzten Ende ist an diesem Gesetz, an dessen Einbringung schuld die Sozialdemokratie und zwar dadurch, daß sie in ihren Reden, in ihrer Presse für den Coalitionszwang offen eintritt.

Das müssen wir selbstverständlich ablehnen, Coalitionsfreiheit muß auch in der Richtung aufrechterhalten bleiben, doch dem Einzelnen die Entscheidung völlig frei steht, ob er an einer Coalition theilnehmen will oder nicht. Wir sehen aber, wie die sozialdemokratische Presse, zum Theil auch die sozialdemokratischen Führer diesen Coalitionszwang, das Hineinbringen in die sozialdemokratische Organisation als erlaubt darstellend. Das ist naturgemäß geeignet, in den Köpfen der Arbeiter Begriffsverwirrungen anzurichten, die Arbeiter zu Gefährdungen zu veranlassen. Dazu kommt, daß ganz kritisch aus der Ehrenseite, die in der Presse sich in periodischen Zeiträumen findet, alle die Bestrafen hier als legitimiert dem großen Publikum mitgetheilt werden, ganz einzeln, ob die Leute vielleicht auf Grund zweifelhafter Aufstellungen bestraft werden sind oder mit Fug und Recht wegen ganz groblicher Uebertretung des Gesetzes der Strafe verfallen sind. Das muß eine Begriffsverwirrung in den Köpfen der Arbeiter herbeiführen. Dagegen kann man mit Recht sagen, am letzten Ende sind Sie (zu den Sozialdemokraten) schuld daran, daß die Arbeitgeber schließlich zu ruhen angefangen haben und die Regierung diesen Ruf nicht annehmen hat. Es ist Ihnen schon bei anderer Gelegenheit aus Anlaß des Widauer Urtheils gesagt worden, die letzte Ursache jener Uebertretungen liegt darin, daß man fortgesetzt den Coalitionszwang als etwas Erlaubtes hinstellt und dadurch die Leute veranlaßt, eventuell auf einmal mit Gewalt die Bestrafen zu üben, dem Arbeiter entgegenzusetzen. Das Thema liegt auf derselben Linie, auf der ein anderer Gehirnsengang sich bewegt. Der gesammten Arbeiterbewegung wird ein großer Theil der Sympathien entgegengekommen, daß man die Arbeiterbewegung und die sozialdemokratische Bewegung identifiziert. Das ist falsch, das haben wir wiederholt schon in diesem hohen Hause als wichtig begehrt. Gerade die Sozialdemokratie mit ihrer fortwährenden Betonung des internationalen Standpunktes und republikanischer Gesinnung entzieht der Arbeiterbewegung als solcher einen sehr großen Theil der Sympathien, die sie sonst in vielen Kreisen genießen würde. Diese Thatsache kann uns selbstverständlich nicht daran hindern, genau zu prüfen, wenn seitens der Regierung eine Vorlage vorgefchlagen wird, ob sie gerecht ist und irgend einen Erfolg zur Milderung der bestehenden Verhältnisse haben kann. Was nun das Gesetz und seinen Inhalt anlangt, so verstehe ich nicht daran, daß im Laufe dieser Commercials auch in juristischen Kreisen gegen die zum Theil doch sonderbare Begründung eine recht erhebliche Opposition erhoben wird.

Die Jurisprudenz hat bisher zu diesem Gesetzentwurf, abgesehen von Heinen Artikel in d. B. in der Jurisprudenz, geschwiegen, allein das ist doch klar und in juristischen Kreisen bereits erkannt, daß wir mit diesem Gesetz eine Reihe weiterer Kaufschwebestimmungen zu beklagbarer Art bekommen, daß sie der Auslegung des Richters den weitesten Spielraum geben. Diese behänderen Gesetzebestimmungen dürfen am letzten Ende zweifellos zu einer Verleüerung der ganzen Rechtsprechung. (Sehr gut links.) Wenn man die Frage aufwirft, ob die Nachmittel des Staates ausreichen zur Bekämpfung der Kaufschwebungen, die mit dem Gesetz verbunden sind oder sich an dieselben anschließen, so möchte ich im Großen und Ganzen die Frage für meine Person bejahen. Ich möchte wohl sagen, daß ich auch mit andern Juristen, auch Staatsanwälten, die in den Industriegegenden wohnen und dort ihre Thätigkeit ausüben, die ich gesprochen, sich meiner Ansicht anschließen. Geben wir einmal hin auf die Entwicklung unserer Rechtsprechung! Hätte sich, ich will einmal sagen, zu der Zeit, als ich die Unversität besuchte, Jemand träumen lassen, daß der große Unfug-Paragraf alle die Nachschweben umfassen könnte, die er thatsächlich umfaßt! (Sehr richtig! und Beifall links.)

Wenn man gar nicht mehr weiß, wo man eine missfallende Handlung unterbringen kann, dann hilft der große Unfug aus, so in sehr großem Umfang beim Streikpostenstehen. (Sehr richtig!) Bezüglich des Vergehens der Nötigung in § 240 des Str.-G.-B. sagt die Rechtsprechung, die Drohung braucht nicht ernst gemeint zu sein, es genügt die Auffassung des zu Nötigenden. Hingeworfen, leichtfertige, in Erregung oder Trunkenheit gemachte Redensarten führen so zum Bestand der Nötigung. Ich finde folgende reichsgerichtliche Entscheidung: Ein Schleißfabrikant will zum Erfolg freilassender Arbeiter einen Verfallener nach Paris schicken. Der Angeklagte schreibt dem Arbeiter: „Die Arbeiter in Paris werden Sie bestrafen, mit Fingern auf Sie deuten, es werden noch andere Sachen passieren. Die Pariser Kollegen wissen schon davon.“ Der Mann wurde bestraft. Gegenüber beratiger ersatzloser Rechtsprechung ist die Frage erlaubt, ob weitere Strafmittel nöthig sind. Weiter ist mit der ganzen Rechtsprechung über die Expropiation ein großer Theil des Koalitionsrechts in Frage gestellt. (Sehr richtig links.) Ein Mann hat gesagt: für den Fall der Ablehnung wird die Sperte eröffnet. Er ist bestraft worden wegen Expropiation. (Hört, hört!) Wenn das möglich ist, habe ich für meine Person doch große Bedenken, weitere strafrechtliche Maßnahmen ins Leben zu rufen. Dazu kommt das Strafmaß. Auch darüber ist volle Klarheit, daß heute in diesen Klassenkämpfen haben und drüben sehr oft bei dem Strafmaß das richtige Maß nicht eingehalten wird. (Sehr richtig!) Wir haben uns enthalten, über das Widauer Urtheil zu reden, ich thue es auch heute noch nicht; aber auch mit einigen dieser Strafen durchaus abnorm hoch. (Sehr richtig! links.) Der Redner tritt ferner eine Kritik der Rechtsprechung der Schwurgerichte aus der „Politik“ von Treitschke.)

Die Denkschrift ist unübersehblich, verworren, einseitig, zum Theil tendenziös. (Lebhafter Beifall links.) Was haben darin die Fälle zu thun, in denen schwere Verletzungen schwer vom Richter gebüßt worden sind? Diese werden überhaupt nicht in die Denkschrift. (Sehr wahr!) Bringen Sie einmal eine Denkschrift über die Körperverletzungen auf dem Wege der Kirchweihen (Güterteil) aber über Studentenverletzungen (sehr richtig) in den letzten zehn Jahren, da würden Sie auf Seiten der Verurtheilten schließen. Und trotzdem ist es nicht an dem. Das ergibt eben die Thatsache, daß man mit solchen Aufstellungen ein falsches Bild erzeugt. 1897 wurden 4000 Unternehmern wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung bestraft. Da würde Jeder sagen: Was für eine unglückliche Menschenklasse von Gewerbeverderbern! (Güterteil.) Und doch ist im Allgemeinen in Deutschland das Verbrechen vornehmlich sich in all diese Arbeitergeschuldbestimmungen nach und nach hineinzufinden. In der Denkschrift wird eine Menge von Dingen erwähnt, wo man sagen kann: was ist das für eine schwache Polizei (sehr richtig), die überhaupt ihre Schuldigkeit nicht thut! Aufkommenrechnungen können doch mit den bestehenden Gesetzen verhindert werden. In der Denkschrift sind Fälle enthalten, in denen gelagert wird: „Es war notwendig, die Polizei zu verhaften, denn die Unruhen konnten nicht vermindert werden, weil das Polizeiaufgebot nicht groß genug war,“ und dacht hinterher kommen Ausfahrungen der Krit: „In andern Regierungsbezirken ist man sehr glatt damit ausgekommen.“ Wenn die Polizei bei größeren Unruhen nicht ausreicht, kann nehmen die Militär dazu oder die Feuerwehren des Herrn Bronsart v. Schellendorf. (Güterteil.) Wie wird ganz damit einverstanden, daß bei allen Ausfahrungen bei Streiks rückwärts von den bestehenden Nachmitteln des Staates Gebrauch gemacht wird. Solcher Nachmittel gibt es auch heute sehr viele. Dann ist in der Denkschrift eine Reihe von Fällen aufgeführt, in denen der Beweis fehlt zur Ueberführung des Thäters. Ja, das passiert nicht nur bei Streikverhandlungen, sondern auch anderweit in der Rechtsprechung. (Güterteil.) Der Jahreslang Verheißenes ist, der wird sagen können, daß wir vielen harten Körperverletzungen es unmöglich ist, den Thäter herauszufinden. Die Zeugenaussagen stehen sich gegenüber. Ich erinnere an die Statistik der unentdeckten Mordthaten. (Sehr richtig links.) Wie viel davon sind im letzten Jahre und länger nicht zur Sühe gekommen. Also auch beratige Fälle können unter keinen Umständen zu dem Schluß führen, daß man sagt, weil ich den Einzelnen nicht kriegen kann, deshalb nehme ich gleich den ganzen Haufen, wie das in § 7 geschehen ist. Dann hätte ich auch gedacht, wenn man eine solche Denkschrift macht, dann soll man nicht nur Staatsanwälte und Polizei hören (sehr richtig im Centrum), sondern da wären die Gewerbe-Inspektoren zu hören. Ich bin sehr überzeugt, wenn von diesen Gutachten eingehend worden wären, dann wäre lange nicht das trübe Bild der Denkschrift herausgekommen. Zur Tendenz der Denkschrift ist das eine ganz klar: sie geht von dem Ausdruck des Bedauerns aus, daß überhaupt Streiks bestehen. (Sehr richtig links.) Sie hält den Streik an sich für etwas Verwerfliches, das kommt an allen Ecken zum Vorschein. Der Streik der Koalitionsarbeiter wie auch andere sind aber doch schon recht sympathisch beurteilt worden. Also: Wir verurtheilen den Koalitionszwang, wir verurtheilen jede Ausfahrung bei der Erzeugung des Streiks, aber deswegen sind wir noch nicht willens, auf den Boden von Vorschlägen zu treten, die an den großen Dingen gar nichts ändern.

Der Hauptpunkt, der in der öffentlichen Kritik so viel Staub aufgewirbelt hat, wird ja von dieser Gesetzesvorlage nicht getroffen. Wie verhält sich denn der Zwang zum Eintritt in die Coalition, in die Gewerkschaft, den Gewerbeverein oder wie man es nennen will? Ich will einmal den Fall mit der reinen Waise herausheben. Der Mann wird gefragt: Hast du keine Waise?, d. h. hast du deine Streikerei? Bejahst du deine Waise? Er hat sie nicht. Es wird ihm zugeredet, er läßt sich nicht darauf ein. Dann kommen Drohungen, Geldbußen. Dagegen kann er sich wehren, wenn er den Strafanzug stellt. Künftig soll der Strafanzug wegfallen. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß der Mann die Strafanzüge macht. Bleibt das wirkungslos, dann kommt das letzte Mittel, daß man dem Unternehmer sagt: wir Organisisten arbeiten mit Unorganisirten nicht zusammen, und wenn du die Leute nicht einstimmt, dann spreche wir den Deal. Das heißt nach wie vor genau so, wie es jetzt ist. Da ist die Regierung selbst der Ansicht, dies kann man nicht verbieten, wenn man nicht an das Koalitionsrecht selbst herangeht. Dasselbe gilt bezüglich der „Schwarzen Listen“. Auch mit den schwarzen Listen werden Arbeitswille gebildet, in Arbeit zu treten. (Sehr richtig links.) Ich könnte die Sammlung, die gestern hier über solche schwarzen Listen und über solche Organisationen vom Wg. Bebel dargelegt worden ist, noch weiter vermehren. Da ist eine selbständige Kontrolle, da sind ganz neue Arbeitsbücher, die eingeführt werden, wenn es z. B. heißt: „Weshalb erfolgt die Anzeige an die andern Arbeitgeber? Erscheint der Arbeiter unpünktlich zum Beginn der Arbeit? Bleibt derselbe bei den ersten Engern oder Wippen Zeit von der Arbeitsstätte fern? Ist derselbe übermäßig in seinen Arbeiten, ungeschickt in seiner Profession, sonst aber heilig? Ist er Trinker, Gelegenheits- oder Gewohnheitsdrinker? Ist er Reiz, wüster Realist oder unheimlich?“ (Güterteil.)

leit.) Das geht dann in die Welt hinaus, und der Mann kann unter Umständen in seinem Berufe, den er wählte, durch ganz Deutschlands gehen, ohne Arbeit zu finden. (Sehr wahr!)

Das wird in vermehrten Fällen eintreten, wenn die Organisationsringe sich weiter schließen, das ist offen gehalten in der Begründung, und es kann darnach von Seiten der organisierten Arbeiterbewegung abgesehen werden, mit unorganisirten zusammen zu arbeiten, ja sogar die Ablehnung öffentlich bekannt gemacht werden, wie den Unternehmern vorbehalten wird. Im Wege der schwarzen Listen diejenigen ausgeschließen, die in ihren Betrieb nicht passen. Das sind aber die Punkte, die das Aufsehen erregen, daß man sagt: So wird ein Mann bestraft, der wandert von Stadt zu Stadt und kann nicht unterkommen, entweder weil ihn die Gewerkschaft verstoßen oder weil ihn die schwarze Liste der Unternehmung brodlos macht. Diese Dinge sind ausdrücklich vorbehalten durch den § 4, Absatz 7, und dadurch tritt der Fall ein, daß derjenige, der Flug, raffiniert die Sache betreibt, überhaupt nicht gelacht werden kann, und nur der Dumme, der ungeschickte, der das Temperament hat, sich hinreichend leicht, dieses Hineinbringen in die Coalition mit ungeschickten Kandidaten zu betreiben, gelacht wird. (Sehr wahr! links.) Ob das eine Gesetzgebung ist, die großen Werth hat, gebe ich anheim.

Was die Strafbestimmungen im Einzelnen anlangt, so will ich mich weiter nicht darauf einlassen, sondern mich auf wenige Bemerkungen beschränken. Ich habe schon bei früheren Gelegenheiten meinen Standpunkt dahin präzisirt, daß man die Strafbestimmungen in ihren Wirkungen nicht überschätzen soll. Wenn das Gesetz in Kraft treten sollte, was so wohl ausgeschlossen ist, was wäre die Folge? Ein paar Bestrafungen mehr, das wäre Alles; an den Kämpfen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern würde nichts geändert werden. (Sehr wahr! links.) Man kann immer verweisen auf die Gesetzgebung anderer Staaten. Man hat es immer wieder versucht mit diktatorischen Strafbestimmungen gegen das Koalitionsrecht selbst oder gegen Aufschließungen der Koalitionsvereine, aber alle die Bestimmungen sind im Laufe der Dinge immer wieder hinweggewischt worden und man hat den Grundsatz anerkennen müssen: in dem Momente, wo diese große industrielle Entwicklung in der Welt sich vollzieht, muß Recht und Schranken gleichermaßen vertheilt werden unter Arbeiter und Arbeitgeber. §§ 1 und 2 des Gesetzes bringen Verschlechterungen, einmüthig an Stelle des Versuchs der Begriff des Unternehmens gestellt wird. Also enervante Vorbereitungsbedingungen sollen eventuell unter Strafe gelagt werden, beispielsweise bloße Einberufung von Versammlungen. Man bemüht es viel besser bei dem festumschriebenen Thatsachen des Vergehens. Es ist auch bedauerlich, die Vereinigungen Vereinigungen. Dieser waren bloß die Streikvereine getroffen, die unter dem Begriff „Verabredung“ fielen. Mit der Herangehörung der Vereinigungen ist zweifellos für das ganze gewerkschaftliche Leben eine Gefahr vorhanden. Es ist möglich, daß in solchen Gesellschaften Miteinandersetzungen erfolgen, die eine Kritik der nicht-organisierten Arbeiter enthalten, welche vielleicht das Maß überschreitet, sobald eine Verleumdung oder Drohung konstruirt werden kann, und diese somit unter die Strafbestimmungen fallen. Es ist behauptet worden, es sei möglich, daß heute nicht derjenige gelagert werden könne, bei dem die Absicht nicht nachweisbar sei, Jemandem zum Anschlag an die Verabredung und zur Unterwerfung unter solche zu zwingen, und derjenige, der Handlungen begeht nach Abschluß des Arbeitskampfes. Mit dem Koalitionszwang hängen diese sogenannten Lügen offenbar gar nicht zusammen. Es müssen wohl die gesetzlichen Strafbestimmungen bestehen bleiben.

Die Bestimmung des § 3, der von dem „Geschäfte“ handelt, ist zweifellos eine Gefahr für Alle, die für eine gewisse gewerkschaftliche Bewegung thätig sind, für die Politiker, unter Umständen auch für die Arbeitersekretäre und beratige Leute, die berufsmäßig beratige Interessen verfolgen. Aber man kann daraufhin auch beispielweise die Generaldelegirten der industriellen Verbände (sehr richtig) bei den Nationalparlamenten sofort in Anklagezustand versetzen. (Unter größter Heftigkeit des Hauses und Zustimmung der Linken und des Centrums verließ der Redner darauf das Muster eines solchen Anklageaufsatzes!) Die Streikposten absolut zu verbieten, geht unter keinen Umständen an. Der Streik will, muß auch in der Lage sein, Genossen neben sich zu können, Zugang fern zu halten und das Mittel der Ueberebung, bei Ausscheiden anzuwenden, unter Umständen auch das in der Denkschrift für unzulässig erklärte Mittel, Geschmittel zum Wiedereintritt zur Verfügung zu stellen. Versteht man die Streikposten, dann muß man auch die schwarzen Listen verbieten. (Sehr richtig.) Wegen Ausfahrungen bei Streiks und insbesondere bei Streikposten reicht aus das bestehende Gesetz vollkommen aus, und diese Nachmittel werden ganz abgesehen von dem großen Unfugparagrafen, auch anständig angewendet. (Der Redner führt als Beispiel eine polizeiliche Bekannmachung anlässlich eines Aufstaus in Mannheim an.)

Die Bestimmungen über den Strafantrag haben auf den ersten Blick etwas Bedrückendes. Man kann wohl sagen, es ist ein gewisses öffentliches Interesse vorhanden, aber auf der andern Seite kommt doch noch andere Gesichtspunkte. Wenn nach diesen Bestimmungen der Streik glückselig sein Ende gefunden hat, wenn die erstehende Vertheilung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern glückselig wieder geworden ist, dann will man noch Monate hindurch wegen vielleicht vollständig bagatelhaftiger Handlungen die Gerichtsverhandlungen fortsetzen und immer neue Schörungen, neue Erregungen in die kaum beruhigten Kreise hineintragen! (Sehr richtig.) Das ist doch ein Gesichtspunkt der sehr der Erwägung werth ist. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn der Terrorismus wirklich so groß ist, wie in der Denkschrift behauptet ist, dann wird auch die Befreiung des Strafantrages nicht nützen, dann wird die betreffende Mann auch die Strafanzeige — und das ist doch das Moment, das den Staatsanwalt doch erst mobil macht — unterlassen. Es ist an und für sich sonderbar, daß eine Verleumdung des Reichstags Strafantrag nachwiegend ist; wenn dagegen bei einem Streik eine schimpfliche Verleumdung wird, dann wird der Staatsanwalt von Amts wegen in Anspruch genommen. (Güterteil.) Die Bestimmung, welche Zuschuß androht, ist unannehmbar, weil die hier mit Zuschuß beehrte Handlung nicht eine vorläufige zu sein braucht. Auch die hier launhaftigen Thatsachen sind ganz gut, beispielsweise das Koalitionsrecht der Bergarbeiter vollständig in Frage zu stellen, und es ist zu den weitestgehenden Richterprüfungen Vorsatz anlassung gegeben.

Aus diesen Erwägungen heraus komme ich zu dem Resultate, daß eine Vermehrung der Strafmittel nicht nöthig ist, daß der Staat bei kräftiger Handhabung der ihm zu Gebote stehenden Nachmittel, daß die Polizei bei richtigem Einverständnis schon heute in der Lage ist, Strafhoten der gerechten Sühe entgegenzuführen und namentlich auch präventiv Unruhen bei Streiks zu vermeiden. Wir wollen auch nicht hoffen, daß die weitere Entwicklung der Kämpfe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, wie sie in der Freiheit ja nicht vollständig vermeiden werden können, es auch in Zukunft nicht nöthig macht, weitere Strafmittel zu verlangen. Ich habe noch die Erklärung abgegeben, daß ein Theil meiner politischen Freunde allerdings den Ausbau des § 183 der Gewerbeordnung für nöthig und köstlich erachtet. Bereits 1890 hat sich meine Fraktion zum Theil für die damals abgetheilten Verschärfungen erklärt, und dieser Theil meiner Freunde hat die §§ 1 und 2 und den ersten Absatz des § 4, der von der Beschäftigung und Vorhaltung von Arbeitsgeräten, Arbeitsmaterial, Arbeitszeugnissen und Kleidungsstücken handelt, in der That für eine geeignete Grundlage zur weiteren Berathung, nicht-fest auch diejenigen Bestimmungen, die über die Streikposten in dem nunmehrigen Gesetz aufgeführt sind und die eine gewisse Spezialstrafe enthalten, also lange nicht so generell sind, wie sie überall in unserer Regierungsvorlage sich finden. Dieser Theil meiner politischen Freunde hätte auch eine kommissarische Verabredung gewünscht und heißt sich in dieser Richtung seinen Standpunkt vor. (Hört, hört rechts.) Ich sollte meinen, daß eine kommissarische Verabredung aus einem weiteren Gesichtspunkte nicht angezeigt ist. Eine definitive Entscheidung über Vorlage in diesem Stadium ist ja nicht möglich. In dem Commu-

monaten wird die Diskussion und die Agitation fortbauern. Unter diesen Umständen halte ich es für richtig, wenn wir im Herbst sofort im Plenum uns wiederum mit dieser Vorlage beschäftigen und sie dann zur möglichst raschen, in meinem Sinne selbstverständlich, Abklärung bringen. (Heiterkeit.)

In einer Session, in der wir sehen, daß die Sozialpolitik gefördert werden muß, in der wir frischen Wind in den Segeln der sozialpolitischen Schiffe der Regierung sehen, kann ich nur bedauern, daß man durch eine derzeitige Vorlage mit genau entgegengesetztem Kurs ein so großes Maß von Vertrauen bei den Arbeitern wieder in Frage stellt. Die Einbringung dieser Vorlage ist ein politischer Fehler (sehr richtig! links), weil geeignet, die Arbeiter zweifeln zu lassen an dem guten Willen und der Unparteilichkeit der Regierung. Würde das Gesetz Wahrheit, so würde sehr wenig damit erreicht. Der Schaden aber, der durch die Einbringung angerichtet ist, kann nur dadurch beseitigt werden, daß wir diese Vorlage möglichst rasch wieder los werden. Sie werden die Kreise, die nach solchen Gesetzen rufen, mit einer Vorlage wie der heutigen nicht befriedigen; diese Kreise wollen viel mehr (sehr richtig! links und im Centrum), ihre Sehnen und Strecken geht weiter. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Zum Schluß kann ich nur noch bedauern, daß man uns diese Vorlage erst Ende Mai vorgelegt hat und Monate lang der Sozialdemokratie dieser ergiebige Stoff zur Agitation gegeben wurde. Auf diesem Gebiete stehen zwei Weltanschauungen aufeinander: die eine sieht trübe und pessimistisch in die Zukunft, sie sieht in der deutschen Arbeiterbewegung nur die Gefahr für Staat und Gesellschaft, ruft nach Zwang und großen und kleinen Sozialengesetzen. Die andere Weltanschauung vertraut der gesunden Vernunft der Dinge (Laden rechts, stürmischer Beifall links und im Centrum); sie erkennt das Große, das in der Arbeiterbewegung trotz der Sozialdemokratie liegt, an und hofft, daß durch positive Sozialreform, durch richtige Bestrebungen auf dem Wege der Organisation es gelingen wird, das Vertrauen der Arbeiter wiederzugewinnen, das verloren gegangen ist, und den Staat der Sozialdemokratie zu brechen (stärkster Beifall links) und das monarchische Gefäß in den Kreisen der deutschen Arbeiter neu erstarken zu lassen. Auf diesem Wege sind naturgemäß drakonische Gesetze nicht brauchbar. Unsere Weltanschauung sieht hoffnungsvoll in die Zukunft des Vaterlandes und vertraut darauf, daß es gelingen wird, die irre geleiteten Massen einer vaterländischen Politik wiederzugewinnen. (Stärkster Beifall links. Rufen rechts.) Aus diesen Gründen stimme ich nach reiflicher Ueberlegung und aus voller Ueberzeugung gegen das Gesetz. (Rufen rechts. Stürmischer Beifall links.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Juni.

Eingegangen ist die Vorlage betreffend die Vertagung des Hauses.

Das Haus setzt die dritte Berathung des Gesetzes betreffend die Handelsbeziehungen zum britischen Reich fort. Die 17. Kommission hat beschlossen, nach Zurückziehung des eingegangenen Antrages Herzl den Entwurf unverändert zur Annahme zu empfehlen.

Berichterstatter Speck theilt mit, daß die Regierung erklärt habe, mit den Tendenzen des Antrages einverstanden zu sein.

Ohne erhebliche Debatte wurde hierauf der Entwurf in dritter Session unverändert angenommen, und zwar mit sehr großer Mehrheit. Es folgte die erste Berathung des Entwurfs betreffend Feststellung des 2. Nachtragsetats für 1899 in Verbindung mit der ersten Berathung des 2. Nachtragsetats für die Schutzgebiete und erste Berathung des Gesetzes betreffend die Aufnahme einer Anleihe. Mithin wurde zugleich die Vereinbarung über die Handelsbeziehungen mit Spanien, Generaldiskussion.

Staatssekretär v. Bismarck: Ich habe die Ehre, der Beschlußfassung des hohen Hauses das Abkommen mit Spanien zu unterbreiten. Durch die neuen Erwerbungen wird zunächst unser Besitz in der Südsee vervollständigt. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß unsere Schutzgebiete im Großen Ocean bisher einen fasten Halbkreis bildeten in einer langgestreckten zusammenhängenden Linie. Durch die Karolinen und Marianen wird der Kreis geschlossen. Wenn diese Inseln in den Besitz einer anderen Macht als Deutschland gekommen wären, so würden dadurch unsere Schutzgebiete in der Südsee zerrissen und auseinandergerissen, in ihrer Entwicklung gehemmt und minderwerthig gemacht worden sein. Gerade im Hinblick auf die Nachbarschaft der Karolinen einerseits zu den Marshallinseln und andererseits zu Neu-Guinea war ihre Erwerbung schon lange in Aussicht genommen. Vom Standpunkt unserer allgemeinen Interessen in der Südsee aus ist die erreichte Erweiterung unserer dortigen Machtphäre nützlich und notwendig. Die Lage der neu erworbenen Inseln ist aber besonders günstig. Wir können uns der Hoffnung hingeben, daß durch den neuen Besitz die älteren Besitzungen gefördert, entwicklungsfähiger und ergiebiger gemacht werden. Dazu kommt, daß sich auf den Karolinen schon lange deutsche Niederlassungen befinden. Es waren deutsche Häuser auf den Karolinen, die unter Hinweis auf die deutschen Handelsinteressen im Jahre 1886 die erste Besitzergreifung herbeiführten. Handel und Verkehr auf diesen Inseln liegt auch heute noch überwiegend in den Händen der deutschen Jaluitgesellschaft, die Stationen auf allen Inseln besitzt. Der deutsche Kaufmann steht dort nach wie vor in allererster Reihe. Wenn diese Inseln an eine andere Macht als ein Deutschland gefallen wären, so wäre dadurch nicht nur die politische Zukunft unserer Südpazifikbesitzungen gefährdet, sondern auch zugleich in wirtschaftlicher Beziehung vernichtet worden, die entwicklungsfähig waren. Es ist nicht männlich, in politischen und wirtschaftlichen Fragen an die Phantasie zu appelliren; ich werde es nicht machen wie das Mädchen in der Fabel von La Fontaine und werde keine Lustschlösser aufzuführen, gar keine Schönfärbereien treiben, ich werde das heute so wenig thun, wie ich es vor anderthalb Jahren nicht that, als ich die Annahme des mit China über Handelsverträge und Schantung abgeschlossenen Vertrages empfahl. Beide Verträge sind Merksteine auf demselben Wege und Glieder einer Kette. In beiden Fällen gingen wir ruhig, nüchtern und besonnen vor. Auf Grund ruhiger und sachlicher Prüfung sind wir zu der Annahme berechtigt, daß unser neuer Besitz auch in wirtschaftlicher Beziehung sehr werthvoll ist. Daß die Spanier aus diesen Inseln nichts gemacht haben, ist kein Beweis für ihre wirtschaftliche Wertlosigkeit. (Sehr richtig rechts.) Ich möchte der spanischen Verwaltung nicht nachträglich noch zu nahe treten; ich glaube aber doch sagen zu können, daß die Schuld an ihrer jetzigen Wertlosigkeit weniger die Inseln als die bisherige Administration trifft. Insbesondere hat die Jaluitgesellschaft unter spanischer Verwaltung nicht zum Plantagenbau übergehen können, aus Gründen, die mit der Eigenart spanischer Administration zusammenhängen. Unter deutscher Herrschaft wird die Jaluitgesellschaft sofort mit dem Plantagenbau beginnen. Durch eine verständige und sachgemäße Entwicklung der beträchtlichen Pflanzstätten dieser Inseln wird sich ihre wirtschaftliche Bedeutung heben lassen. Sie werden zu einem ergiebigen Besitz werden können. Deutscher Fleiß und deutscher Unternehmungsgeist werden dort von jetzt ab unter ganz anderen, weit günstigeren Bedingungen vorgehen können, die vorhandenen kaufmännischen und handwerklichen Chancen werden bei besser ausnützen können

als bisher. Man kann sehr vorsichtig sein, wie ich zu sein glaube, und doch der Ansicht zuneigen, daß ein Besitz nicht immer nach dem momentanen Werth, sondern nach der Konjunktur zu lagern sei, die die Zukunft bringt. Der neue Besitz liegt an einer Straße, der sich Handel und Verkehr mehr und mehr zuwenden werden. Jeder, der sich in Einzelnen auf die Deutschen beziehen darf, möchte ich darauf hinweisen, daß die Karolineninseln sich in vorzüglichem Maße für den Plantagenbau eignen. Das Klima der Inseln ist verhältnismäßig gesund. Auf den Marianen- und Palaosinseln liegen die Verhältnisse ähnlich wie auf den Karolinen. Auch sie versprechen eine ergiebige wirtschaftliche Ausbeute. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß die neu erworbenen Inseln vorzügliche Häfen und Ankerplätze haben, wie sie auf den Marshallinseln vollständig fehlen. Die Marianen könnten sich mit der Zeit zum Stützpunkt für den Handelsverkehr zwischen Asien und Südamerika entwickeln. Die Bevölkerung der neuen Inseln wird als gutartig und geschäftig geschätzt. Wir werden unter Aufrechterhaltung unserer Autorität nicht dergestalt, daß wir es mit Menschen zu thun haben, eingehend der Pflichten, die uns eine höhere Kultur und der christliche Glaube auferlegt. Hinsichtlich der zukünftigen Verwaltung der Inseln scheint es sich zu empfehlen, die unter spanischer Herrschaft bestandene Dreitheilung vorläufig beizubehalten mit der einen Aenderung, daß im dritten Verwaltungsbezirk, der die Marianen umfaßt, an Stelle der Insel Guam die Insel Saipan mit dem Hafen Zanapag zum Sitz der deutschen Regierung bestimmt wird. Die drei Verwaltungsbezirke werden voraussichtlich einstweilen dem Gouverneur von Neu-Guinea unterstellt werden. Die deutsche Verwaltung der Inseln wird von vornherein auf einen kostspieligen militärischen Apparat verzichten. Die Auswahl der Beamten soll von dem Gesichtspunkte erfolgen, daß es Männer von wohnmüthig in der Südsee gewonnenen Erfahrungen sind. In konfessioneller Beziehung werden wir selbstverständlich grundsätzlich strengste Parität wahren. Umsonst waren die Inseln nicht zu haben. (Heiterkeit.) Das kommt selbst unter den besten Freunden nicht vor, daß man ganze Inselgruppen zum Geschenk macht. Auch besteht für Südseeinseln kein Preiskourant. (Heiterkeit.) Ich glaube aber doch sagen zu können, daß der für die Inseln bestimmte Preis angemessen ist und der Gerechtigkeit entspricht. Wir hatten in erster Linie die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch die Neuverwertung die Beziehungen zu den anderen Mächten nicht gestört werden. Wir haben dies erreicht, ohne uns irgendwelche Gegenleistung auferlegen zu lassen. (Beifall.) Wir denken nicht daran, uns in der Südsee in Gegensatz zu Amerika und Japan zu stellen. An den großen Straßen in der Südsee ist Platz für mehr als ein Volk. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß durch den mit Spanien abgeschlossenen Vertrag die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem spanischen Volk sich so freundlich gestalten werden, wie es dem wohlverstandenen Vortheile beider Völker entspricht. Das mit Spanien abgeschlossene Geschäft ist ein ehrliches Geschäft. Er bitte, diesem Vertrage die Zustimmung nicht zu verweigern. Die neuen Erwerbungen werden sich hoffentlich zum Segen des Vaterlandes einstellen. Die Inseln stehen unter dem Schutze der deutschen Flagge zurück, die dort vor 15 Jahren zuerst gehißt wurde von dem drabden Schiffe „Itis“, dessen wadere Mannschaft später ihren Namen und den Namen des Fahrzeuges für immer in die Heldensgeschichte unseres Volkes eintragen sollte. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Der neue Erwerb sei kein vortrefflicher Erfolg, doch habe er immerhin seinen Werth. Die Abtretung unseres Besitzes und die Erneuerung brauchbarer Häfen ist freudig zu begrüßen. Man könne der vorzüglichen Leitung der auswärtigen Politik, nicht zum mindesten aber auch dem Vorkaisern in Madrid Dank wissen. Dankenswerth seien die Erklärungen des Staatssekretärs über die paritätische Stellung der Konfessionen. Es sei zu erwarten, daß auch die unter das Jesuitengesetz fallenden Orden freie Bewegung erhalten. Ein Theil seiner Partei wünsche auch Berücksichtigung darüber, daß nicht nach Ablauf der Handelsverträge durch die Vereinbarung der Preisbegrenzung irgendwie unsere freie Bewegung gehindert werden könnte. Bei der Geschäftslage sind wir ausnahmsweise geneigt, in den Ausschuss der Kommissionsberathung zu willigen. Unterstaatssekretär Frhr. v. Richtigofen stellt gegenüber dem Vordrucker fest, daß Bewilligungen nicht zu befristet seien.

Abg. Dr. Hasse (nl.) begrüßte die Staatssekretär. Der Preis sei allerdings ziemlich hoch, aber nicht unangemessen.

Abg. Graf Kautz (kons.): Spanien scheint ihm bei dem Vertrage bei weitem die meisten Vortheile zu haben. Er stehe aber der Vorlage keineswegs feindlich gegenüber.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Richtigofen: Unleugbar habe Spanien große Vortheile, aber Deutschland habe keine Nachteile.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) ist für Kommissionsberathung. Seine Partei sei nicht geneigt, die geforderte Summe zu bewilligen.

Staatssekretär v. Bismarck: Er werde seine Erwiderung möglichst kurz fassen. Die Gründe des Vordruckers liegen sich gegen jeden kolonialen Erwerb darbringen. Daß die Erwerbung der Inseln nicht in ausgesprochen ungeglückter Weise in Szene gesetzt worden sei, sei aus der Mitte des Hauses anerkannt worden, und ich kann für diese Anerkennung nur dankbar sein. Abgeordneter Wiemer könne doch selbst nicht behaupten, daß der Erwerb dieser Inseln der Ausdruck eines übertriebenen Länderehrens sei. Er hat aber eine Beschreibung davon entworfen, bei der mir die Haare zu Berge standen — wenn ich nicht daran gehindert hätte, daß er die Inseln ebenso wenig gesehen hat wie ich (Heiterkeit). Da hier ein Quantchen eigener Erfahrung mehr werth ist, als ein Centner von Vorstellungen, so lege ich mehr Gewicht auf die Berichte von Besuchern der Insel, namentlich unserer ausgezeichneten Offiziere. Admiral Kröner, damals nach Kapitiän, schrieb im Jahre 1876, die Marianen besäßen ein ausgezeichnetes Weibland, seien reich an Cocospflanzungen und dichten Wäldern. Der Anbau würde sehr reich lohnen. 14 Jahre später berichtete Admiral Diederichs, es empfehle sich der Erwerb der spanischen Südpazifikinseln oder eines Theiles davon bei Gelegenheit als Ergänzung des jetzigen Besitzes, das dadurch erheblich ergiebiger gemacht werden könnte. Die Jaluitgesellschaft hat sich aufs Allerentschiedenste für den Erwerb ausgesprochen. Klaußschou könne nicht mit den jetzigen Erwerbungen verglichen werden. Der Vordrucker habe darauf hingewiesen, daß die Zahl der Einwohner außer Verhältnis stehe zu dem Kaufpreise. Eine große Politik kann unmöglich geführt werden von dem Standpunkt Adam Liefes aus. Ich bitte, nicht noch in größter Stunde Schwierigkeiten zu bereiten und den jungen Mädchen die Einlass begehren in das deutsche Haus, nicht die Thüre vor der Nase zuzuschlagen. Ich bin überzeugt, daß wenn wir nur es einigermaßen praktisch anfangen, wir mit der Zeit etwas aus den Karolinen und Marianen machen werden, und wenn wir alle schon längst unter dem grünen Rasen schlafen, des Habers milde, unsere Kinder und Kindeskinde noch an den schönen Karolinen und Marianen ihre Freunde haben werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Kemm (Reichsp.) fordert Berücksichtigung der idealen Momente.

Abg. Lieber (Centr.) (Soz.) Spanien habe ausverkauft und Deutschland kaufe außerordentlich theuer, was die anderen übrig ließen.

Abg. Dr. Waacke (nl.) begrüßt die höheren Gesichtspunkte, die die Mehrheit bekennt. Eine Besserung der Handelsbeziehungen zu Spanien sei nöthig.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Richtigofen: Die Gegenentwässerungen Spaniens genügen durchaus.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) fragt an, ob die unter das Jesuiten-

gesetz fallenden Orden auf den Karolinen zugelassen und gestattet werden sollen.

Staatssekretär v. Bismarck: Es steht im Bewußtsein der Kaiserlichen Beamten, wie dort die Jesuiten zu verhalten sind, und sie zuzulassen, auszufällen und eventuell auszuweisen und, wenn es für die Länder können ausgewiesen werden. In den deutschen Schutzgebieten seien protestantische und katholische Missionen in gleicher Weise zuzulassen und zu beschützen, auch die Jesuiten und verwandten Orden. Deutschland hält es aber stets für angelegentlich, in den Schutzgebieten nur deutsche Missionare zuzulassen und die katholischen Missionare ausschließlich der Aufsicht und Leitung der deutschen kirchlichen Autoritäten unterstellt zu sehen.

Schließlich wird in erster und zweiter Lesung der Nachtragsetats nebst dem Handelsabkommen in Spanien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der beiden Volksparteien angenommen.

Darauf wird die Berathung des Gesetzesentwurfs zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses fortgesetzt.

Gefachrichten und Persönliches.

Prinz Ruprecht reist morgen Abend zur Megalia nach Kiel, wozu er vom Kaiser eingeladen worden ist.

Die kaiserlichen Prinzen August, Wilhelm und Joachim und Prinzessin Vittoria Luise, die gestern Morgen in München ein getroffen waren, wurden am Bahnhof von den Eltern und Töchtern des Herzogs Karl Theodor in Bayern begrüßt. Nach dem Frühstück reisten die kaiserlichen Kinder weiter nach Weichselgraben.

Kurze Nachrichten.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte gestern den Gesetzesentwurf betreffend die Verlegung richterlicher Beamten in den Ruhestand in zweiter Lesung, sowie eine Anzahl kleinerer Vorlagen und Anträge meist agrarischen Charakters.

Nachdem die aus den Freistaaten Nicaragua, Honduras und Salvador bestehende „Große Republik von Centralamerika“ sich wieder aufgelöst hat, haben die genannten Staaten ihre volle Unabhängigkeit wiedererlangt. Die Präsidenten der Republiken: Nicaragua, General Santos Yelapa; Honduras, General Francisco Sierra; Salvador, General Thomas Regalado haben die Uebernahme der Präsidentschaften dem deutschen Kaiser angeeignet.

Aus dem Haag verlautet, daß Rußland in den nächsten Tagen einen endgiltigen Abrüstungsantrag in der Konferenz einbringen wird. England werde diesem Antrag bestimmen unter der Bedingung, daß er einstimmig angenommen werde.

Der New-Yorker „Herald“ meldet, daß die Amerikaner bei Manila den Rückzug antraten nach dem Treffen mit den Philippinen. Der Verlust der Amerikaner betrug 40 Tode und Verwundete.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 21. Juni 1899.

Das Roman-Feuilleton finden unsere Leser im zweiten Blatte.

Ernennung und Versetzung. Der Großherzog hat den Wasser- und Straßenbauinspektor Franz Schütz in Karlsruhe zum Centralinspektor bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues ernannt und den Landgerichtsrath Dr. Ferdinand Stille in Mosbach in gleicher Eigenschaft nach Karlsruhe versetzt. Bezirksingenieur Ludwig Rees in Karlsruhe zur Wasser- und Straßenbauinspektion Karlsruhe mit dem Wohnsitz in Forstheim und Bezirksingenieur Friedrich Siebert in Freiburg zur Culturinspektion Karlsruhe versetzt.

Der rechtsrheinische Rheinbann von Ginsheim bis zur badischen Grenze bei Lampertheim soll, so wird uns geschrieben, namentlich mit Rücksicht auf die weiter abwärts liegenden Orte erhöht und verfestigt werden. Ebenso soll, um das Hochwasser von Worms abzulassen, das Gelände von Rosengarten, sobald die dortigen Gebäude nach Eröffnung der Eisenbahn- und des Straßenbrücke abgetragen sind, tiefer gelegt werden. Die erforderlichen Geldmittel wird einstweilen die Regierung stellen, andererseits werden die beteiligten Gemeinden mit etwa 400,000 M. belastet, womit sich aber letztere nicht einverstanden erklären. Namentlich kann sich Lampertheim nicht dazu entschließen, den hierzu nöthigen Beitrag von 123,000 M. zu leisten, da es bereits durch den betr. Damm genügend geschützt ist, während es durch den bedeutend schwächeren und zum Theil sandharten Damm, der im badischen Gebiet ist und die höher gelegenen Ortsteile Sandhofen, Scharhof und Rischhartshausen genügend schützt, dem Eindringen der Hochwasserfluth preisgegeben wird, wie es sich bei dem letzten Hochwasser 1882 gezeigt hat. Deshalb wird, nachdem eine Kommission der hiesigen Regierung Einsicht an Ort und Stelle genommen hat, die hiesige Regierung mit der badischen Regierung wegen der geplanten Dammerhöhung in Unterhandlung treten.

Der Gustav-Adolf-Frauenverein hat den Beschluß gefaßt, dieses Jahr in Rücksicht auf den im Oktober stattfindenden großen Wohlthätigkeitsbazar seinen gewissermaßen privilegierten alljährlich abgehaltenen Bazar ausfallen zu lassen. Wenn diese Rücksichtnahme auch nur theilweise eine freiwillige ist, eine der Noth geborene, nicht dem eignen Triebe, so möchte doch der Vorstand auch seinerseits sein Interesse u. seine Beteiligte dem neuen Unternehmen nicht entziehen, indem er dankbar für die Förderung denkt, die ihm jederzeit geworden, und die er gewiß auch fernerhin erfahren wird. Bei leerer Kasse ist es nicht so leicht, Verzicht zu leisten auf eine sichere und bringend nothwendige Einnahme und der G.-A.-Fr. ist in der traurigen Lage, sein Vereinsjahr statt mit wohlverdienten Werthpapieren mit einem Pod unerschütterlichen Bittschriften abschließen zu müssen. Roth macht aber bekanntlich erfindereich, und so hat der Vorstand einen Plan entworfen, der das Wohlthätigkeitsfest nicht schädigt und doch auch seine Finanzen etwas verbessert. Damit wird zugleich der idealen und religiösen Seite der G.-A.-Vereinsthätigkeit Rechnung getragen und den Mitgliedern ein hoffentlich künstlerischer Genuß geboten. Es soll Anfang Dezember ein Weihnachtsfestspiel mit Solo- und Chorgesang in der Concordienkirche aufgeführt werden, und der Vorstand hat bereits eine bedeutende künstlerische Kraft zur Einwirkung derselben gewonnen. Wenn heute schon von diesem doch sehr der Zukunft angehörenden Unternehmen öffentlich Mitteilung gemacht wird, so geschieht es eintheils der Mitglieder wegen, die von einem Ausfall des Bazar nach nicht uninteressant sind, hauptsächlich aber, um alle Freunde des Vereins zu bitten, auf der Einstimmung des großen Apollotheaterbazar, dem „Stanzpunkt des Jahrhunderts“, noch ein Scherlein zu setzen für das Weihnachtsfestspiel des Gustav-Adolf-Frauenvereins.

Der Sängerbund Mannheim machte am letzten Sonntag bei sehr günstiger Witterung und unter zahlreicher Theilnahme aktiver und passiver Mitglieder seinen alljährlichen Herren-Ausflug, über dessen Verlauf man nur mit höchster Befriedigung sprechen hört. Das Programm war ein vielversprechendes und es nahm seinen Anfang in dem Städtchen Bernbach, wo in dem herrlich gelegenen Gartenanlagen des Hotels Pfeiffer die fröhliche Gesellschaft eine an dem schattigen Ufer der Wurg aufgestellte Frühstücksstube bereitet fand. Es darf nicht Wunder nehmen, wenn schon in dieser Morgenstunde bei vorzüglicher Bewirthung und Bedienung des Herrn Pfeiffer eine überaus heitere Stimmung Platz greifen konnte, die dann auch in dem Vortrag einiger Männerchöre zum lebhaften Ausdruck kam. Von hier begann ein vorzüglich gepflegtem, schattigen Wege der Spaziergang nach Schloß Eberstein, wo an malerischer Naturschönheit Entzücken geboten ist. Auch an dieser Stelle wurden mit wahrer Begeisterung wieder einige Chöre gesungen und von hier ein herzerquickender Spaziergang auf wundervollem Waldweg über die Amalfaschau nach der Fischkultur gemacht. Noch genügend Aufenthalt, während dessen die verschiedensten Erfrischungen geboten wurden, war seitens des Vorstandes für eine genügende Anzahl Wagen gesorgt, welche die Sängerbünder und ihre Gaste durch die einzig schöne Aldeithalen Allee nach Baden brachten, woselbst im Hotel Terminus bei Herrn Zindel, eine nach jeder Richtung hin vorzügliche Verpflegung geboten

Haarfärbung
Kuhn's Mulin
färbt graue und
rotte Haare un-
schädlich sofort.
Süßmilch, befeuchtet weiche Haut
noch länger u. ist die beste Haar-
n. Parfüm der Welt (S. u.
150). Klein v. Frz. Kuhn,
Kronenpost, Rürnberg. Hier
Engros: Otto Hess,
E. L. 16, Pelikanapoth.,
Einhornapothek, L.
Thiele, Drog. H. Urbach,
Blasen, D. 3. 8, Ad.
Bieger, F. 3. 13, Jean
Roes, D. 2. 6, sowie in
allen Drog., Parf. u. Heil.-Ge-
schäften.

Stotz & Cie., Elektr.-Ges. m. b. H.

Telephon 662.

Mannheim.

P 6, 20.

Installationen für Licht und Kraft im Anschluss an das

städtische Elektrizitätswerk.

Musterausstellung von Beleuchtungskörpern, Elektromotoren u. elektr. Kochapparaten.
Kosten-Anschläge und Ingenieurbesuche umsonst.

Cliches

Holzschnitte
Zinkätzungen und
Autotypen
nach jeder Vorlage
für Gewerbe und Industrie.
Sachs & Cie., F 7, 20.
Telephon 219.

Damen-Güte

werden elegant und chic garnirt
von 50 Wfg. an.
P. Salzer, Laden N 3 17.

Montag,

26. Juni

ein
neuer **Kursus.**

Schönschreib- Unterricht.

Kalligr.-Lehrer
Gebr. Gänder.

Anmeldungen

Kaufleute, Beamte, Gewerbetreibende u.
sonstige Damen (separat) und Schönschreiber
wollen die **Handschrift**
in 2-3 Wochen, Anwärter in kürz.
Zeit, auch briefl. Honorar 15 Mk.
haben denjenigen,
welche in Anbe-
tracht ihres Berufs
nur wenig die Feder
geübt, kann der
— beste Erfolg an-
geschrieben werden.

Montag, 26. Juni erbeten. B 2, 10^{1/2}.

Um mein grosses Lager in

Kleider - Seidenstoffen u. Foulards

in dieser Saison möglichst zu räumen, habe ich meine Preise nochmals be-
deutend reduziert; ausserdem verkaufe einen **grossen Posten**

Kleiderstoff-Reste u. abgepasste Kleider

zur Hälfte der bisherigen Preise. Auch in **schwarzen Waaren**
habe eine grosse Parthie äusserst reduziert.

Die Ausstellung ist im Innern des Locals.

Albert Ciolina, Mannheim.

In der
Schreibstube, M 3, 6
werden neue Antäge für die

Germania

Lebens-Versicherungs-A.-G.

haben seit dem 1. April 1899
neue Versicherungen über den Betrag von zusammen

52 Millionen Mark

besteht. Die Sicherheitshöhe haben die gemaltige
Höhe von **225 Millionen Mark** erreicht.

Eine alte, gutegeführte Unfall-, Haftpflicht-
und Lebensversicherungsgesellschaft sucht gegen hohe
Vergütung

Vertrauensmänner

auf allen Kreisen der Gesellschaft.
Offerten nimmt entgegen

Rechts- u. Geschäftsagentur:
A. Korn, Mannheim, R 4, 19/20.



Das solideste Fahrrad ist

„Wanderer“.

Wanderer-Fahrradwerke
vorm. Winkhofer & Jaenicke,
Chemnitz-Schönan.

Vertreter: Karl Dreyer, Ludwigshafen.

„Sultan-Thee“

Spezial-Marke per 1/2 Ko. Netto 500
Gr. von Mt. 2.— bis Mt. 6.—.

Dieser Thee, welcher sich binnen kurzer Zeit
durch seinen angenehmen, feinen Geschmack viele
Bekanntmachung erworben hat, sollte in keiner Haus-
haltung mehr fehlen.

Ferner empfehle ich meine neue Marke

„Karawana“

direkt aus Ostindien importiert, in russ. Original-
packung, mit russ. Plomben-Verschluß.

per Pfd. Mt. 3.60 und Mt. 4.—.

Jean Nichols, Thee-Import,

M 2, 18.

Mufflers

Unbedingt keimfrei,
ganz vorzügliche Nahrung
für kleine Kinder.

Kinder-Nahrung

Bereitete in allen Apotheken
und Drogeriehandlungen.

Baden-Baden.

„Zum Korbmattfelsen“

20 Minuten vom Conversationshaus.
Geöffnete Tage direkt am Walde. — Telefon Nr. 128.
Durch Neubau bedeutend vergrößert. — Selbstgelegene Weine,
Kaffeebohnen. — Pension nach Belieben. — Freundliche
Zimmer. — Aufmerksame Bedienung. — 20162
Besitzer: F. J. Froehlich.

Zuntz

Gebrannte Kaffees

in Preislagen von

Mt. 1.20, 1.40, 1.50, 1.60, 1.70,
1.80, 1.90, 2.— per 1/2 Kilo

entsprechen den höchsten Anforderungen an
Wohlgeschmack, Ergiebigkeit und Kraft.

Künftig in Mannheim bei dem General-Vertreter

Herrn Jac. Uhl, M 2, 9

sowie bei den Herren

- H. Bäcking, Chocoladen-Ganz.
- Ch. Gumb, Grob. Post, D 2, 9, Planfen.
- Jak. Garber, N 3, 15.
- Herrn. Gauer, O 2, 9.
- Wilh. Horn, D 3, 14.
- Wolff. Kähler, Q 7, 14b.
- Wolff. Kähler, am Markt.
- Carl Müller, R 3, 10, Kleine B 4, 6.
- Wolff. Kähler, F 3, 17.
- Aug. Scherer, L 14, 1.
- Georg. Thomas, D 3, 1a, am alten Rheinbofen.
- H. Kraussner, E 2, 3.

Cognac Gve. Roy & Co. à Cognac,
Cognac (Australian Brandy) Joshua Brothers
Melbourne.

Cognac Deutscher, diverse Sorten.
D 3, 1 Drogerie zum Waldhorn D 3, 1
E. Gummich.

Kronthaler

Natürliches kohlensaures Mineralwasser.
Tafelwasser I. Ranges.

Tafelgetränk I. M. der Kaiserin Friedrich, S. K. H. d.
Grossherzogs von Baden, d. Herzogs von Cambridge etc.

19 goldene Medaillen und erste Preise.
Vorzüglich bewährt bei Verschleimungen jeder Art.
Generaldepot für Bayer, Pfalz und angrenzende Bezirke
Peter Bixius, Ludwigshafen a. Rh.
Niederlage bei: Gebb. Böhrler, Mannheim, N 3, 17.
An Orten, wo noch nicht vertreten, werden Niederlagen
errichtet und belassen sich Resectanten an das General-
depot zu wenden. 10083

Total-Ausverkauf

Wegen Uebergabe meines Geschäftes habe meine
grossartigen Lagerbestände in

Damen-Mänteln, Costümes,
Blousen, Morgenröcken,
Unterröcken, Pelzwaaren etc.,
einem vollständigen Ausverkaufe
ausgesetzt und bietet sich hierdurch eine
selten günstige Gelegenheit

enorm billig einzukaufen.

Sophie Link,

F 1, 10. Marktstrasse. F 1, 10.
Mannheims grösstes Damen-Mantel-Etablissement.

Ohne Ziehungverlegung, ohne Reducirung des Gewinnplanes.

Vierte Berliner Pferde- Lotterie

Ziehung unwiderrüflich
am 11. Juli 1899

3233 Gewinne — Mark 102 000 Werth

Hauptgewinne

15000, 10000, 9000, 8000 Mk.

Loose à 1 Mk., auf 10 Loose ein Prämios, Porto und Liste
20 Pfg., einfachst u. versendet auch gegen Briefmarken

Carl Heintze, General-Debit,
Helsbank Giro-Conto.

Nächste Woche beginnt

die erste Ziehung der Weimar-Lotterie (1.—3. Juli).
Es kommt in zwei Ziehungen zur Verlosung

10,000 Gewinne im Werthe von 200,000 Mk.
dabei Hauptgewinne im Werthe von

50,000 Mark
20,000 Mk., 10,000 Mk. u. s. w.

Die Loose werden auch als Ansichtspostkarten in schönster Ausführung (Ge-
setzlich geschützt D. R. G. M. No. 81239) herausgegeben und kosten

das Stück **gültig für 1 Mk. 11 Stück = 10 Mk.**
zwei Ziehungen **25 " = 25 Mk.**
(Porto und beide Gewinnlisten 30 Pfg.)

Loose sind zu haben durch
den Vorstand der Ständigen Ausstellung in Weimar,
Carl Götz, Haupt-Agentur, Karlsruhe i. B., Nebelstr. 15.

Opel-, Allright-, Vimaria-Räder, Stahlrad Schilling Suhl etc.

P.&H. Edelman Nachf. Peter Edelman

Mannheim,
T 1, 2, Freitestraße. **Telephon 916.**

Gut eingerichtete mech. Werkstätte für Reparaturen
jeden Systems.



Kitten

Glas, Porzellan u. z.
mich selbst bezieht. 17116
E 1, 5 Laden E 1, 5.

Luft- u. Waldkurort Bubenbad

bei Neuhadt, bad. Schwarzwald 950 Meter über dem Meer.
Gasthof-Pension zum „Adler“

Wichtige Bahnhöfe: Hammelshaus u. Neuhadt (4 Std.)
Höllentalbahn. In ausnehmend schöner Lage. Von herrlicher
Landschaft umgeben, anstehend an dem Ort. Beste Wald-
spazierwege mit Knechtsteden. Hundsrücken. Alpen-Ansicht in un-
mittelbarer Nähe. Großer Garten mit gebührender Ausstattung
wichtige Preise. Rückkehrkarte. Post u. Telegraph im Hause
Ad. Iselt, Hammelshaus.